

Das Arbeitsverbot für Asylsuchende ist ein Unsinn

Asylsuchende sollen ihren Unterhalt selbst verdienen können, statt in die Fürsorgeabhängigkeit gezwungen zu werden

Petition an die Bundesbehörden

Wir fordern vom Bundesrat und der Bundesversammlung,

- das zwölfmonatige Arbeitsverbot, das der Bundesrat unter Berufung auf Notrecht provisorisch erlassen hat, aufzuheben;
- die derzeitigen Einschränkungen des Rechts zu arbeiten durch Massnahmen zu ersetzen, welche die Selbständigkeit der Asylsuchenden fördern. Die Zeit ihrer erzwungenen Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen ist soweit wie möglich zu verringern.

Das Arbeitsverbot und weitere Einschränkungen, welche es den Asylsuchenden und den vorläufig Aufgenommenen verunmöglichen, ihren Lebensunterhalt selber zu bestreiten, verletzen die Menschenwürde: Zum Nichtstun gezwungen, sind sie auf Fürsorgeleistungen angewiesen und verlieren ihre Selbstachtung. Dieses Bevormundungssystem führt zu jährlichen Fürsorgeausgaben in Millionenhöhe. Dieses Geld könnte weit sinnvoller investiert werden, nämlich: in ein Verfahren, das eine sorgfältigere Prüfung der Asylgesuche ermöglicht und die teils unerträglich langen Wartezeiten verkürzt, in Rückkehrhilfe-Programme und in eine Politik, die Menschenrechtsverletzungen vorbeugt und ächtet.

Name u. Vorname	Adresse, Ort	Unterschrift	Ich wünsche weitere Informationen

Bitte, die Petitionsbogen teilweise oder ganz ausgefüllt - bis spätestens am 19.6.2000 (am Tag nach dem Flüchtlingstag) - zurückschicken an: BODS / AKS, Neuengasse 8, 3011 Bern,
Alle Personen können diese Petition unterschreiben, unabhängig von ihrem Wohnort, ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Alter.